

Herrn
Prof. Dr. Karl Lauterbach
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Berlin, 08.03.2024

Per E-Mail an: karl.lauterbach@bundestag.de

Reform der psychiatrischen Krankenhausversorgung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir sind Ihnen außerordentlich dankbar dafür, dass Sie sich so tatkräftig für eine Verbesserung der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen einsetzen und dies einen festen Platz in Ihrer Vorhabenplanung einnimmt.

Insbesondere die in der achten Stellungnahme der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung empfohlene Flexibilisierung der Behandlung durch psychiatrische Krankenhäuser wird von unserer Fachgesellschaft, den Klinikverbänden und breiten Teilen der gemeinsamen Selbstverwaltung als zentral für eine Versorgungsverbesserung eingeschätzt und ausdrücklich unterstützt.

Die DGPPN misst dabei der Einführung von Globalbudgets, der Stärkung der Psychiatrischen Institutsambulanzen durch eine bundesweit auskömmliche Finanzierung und einer flächendeckenden regionalen Versorgungsverpflichtung als Versorgungsprinzip den höchsten Stellenwert bei.

Allerdings wächst unsere Sorge, dass diese Reform der psychiatrischen Krankenhausversorgung in dieser Legislatur nicht mehr realisierbar werden wird, wenn sie nicht noch Eingang in das Versorgungsgesetz I findet.

Dies wäre aus den folgenden Gründen fatal:

Die psychiatrischen Krankenhäuser haben durch die Aussetzung der Sanktionsregelungen in der PPP-RL ausdrücklich Zeit dafür erhalten, sich auf notwendige Strukturreformen einzustellen und sie vorzubereiten, damit künftig mit dem vorhandenen Personal eine qualitativ gute Versorgung gewährleistet werden kann. Dazu braucht es u. a. eine Flexibilisierung des Behandlungsangebots und eine Stärkung der

VORSTAND

Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberg
Präsident
Prof. Dr. Thomas Pollmächer
Past President
Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank
President Elect

Prof. Dr. Andreas Bechdolf
Dr. Sylvia Claus
Prof. Dr. Dr. Katharina Domschke
Prof. Dr. Andreas J. Fallgatter
PD Dr. Karel Frasch
Prof. Dr. Dr. Andreas Heinz
Prof. Dr. Frank Jessen
Dr. Sabine Köhler

Dr. Julia-Maleen Kronsbein
Prof. Dr. Jürgen L. Müller
Prof. Dr. Andreas Reif
Prof. Dr. Steffi G. Riedel-Heller
Dr. Christa Roth-Sackenheim
Prof. Dr. Rainer Rupprecht
Dr. Bettina Wilms
Prof. Dr. Peter Zwanzger, Kassenführer

HYPOVEREINSBANK MÜNCHEN
IBAN DE58 7002 0270 0000 5095 11
BIC HYVEDEMMXXX
VR 26854 B, Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg

USt-ID-Nummer
DE251077969

Psychiatrischen Institutsambulanzen wie von der Regierungskommission vorgeschlagen. Eine Verzögerung der Reformen bis in die nächste Legislaturperiode würde den Druck auf die Krankenhausversorgung weiter erhöhen, der durch dann erneut drohende Sanktionen, durch Fachkräftemangel und durch die Ausdünnung fachärztlicher Praxen insbesondere im ländlichen Raum entsteht.

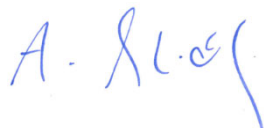
Wenn es nicht umgehend gelingt, die Globalbudgets als Optionsmodell in die Bundespflegesatzverordnung einzuführen, werden Ende des Jahres mehrere Modellprojekte nach § 64b aus der Versorgung ausscheiden, mit negativen Folgen für die Versorgung vor Ort.

Schließlich würden die für das Versorgungsgesetz I angekündigten Verbesserungen der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen, ohne gleichzeitige Flexibilisierung der Krankenhausbehandlung in ihrer Wirkung verpuffen.

Lieber Herr Professor Lauterbach, wir möchten Sie deshalb auffordern, die Reform der psychiatrischen Krankenhausversorgung zu priorisieren und zeitnah einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Die Zeit dafür scheint günstig, lassen Sie uns keine Zeit verlieren!

Sehr gerne möchte ich unsere Argumente, die wir aktuell in einem umfassenden Papier für ein Versorgungsmodell zusammenführen, in einem persönlichen Gespräch vorbringen und würde mich freuen, wenn Sie dafür Zeit finden könnten.

Mit den besten Grüßen



Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberg
Präsident